

Kleine Gemeinden im ländlichen Raum

Katrin Fahrenkrug und Dr. Michael Melzer, Institut Raum & Energie, Wedel/Hamburg

In diesem Beitrag geht es um Handlungshinweise zur Gestaltung des demographischen Wandels für kleinere Gemeinden im ländlichen Raum. Dabei stehen Gemeinden im Mittelpunkt der Betrachtung, die nicht im unmittelbaren Umland und Verflechtungsbereich eines Zentrums liegen, auf dessen Angebote sie und ihre Bürgerinnen und Bürger täglich zurückgreifen können.

Doch „den“ ländlichen Raum als einheitliche Kategorie gibt es nicht. Die Rahmenbedingungen der kleineren Gemeinden in ländlich geprägten Gebieten unterscheiden sich nicht weniger stark als die der größeren Städte. Und: „Die Unterschiede in der Wirtschafts- und Beschäftigtenstruktur und den zukünftigen Entwicklungschancen sind zwischen einzelnen ländlichen Räumen dabei vielfach stärker ausgebildet als zwischen städtisch geprägten Gebieten und ländlichen Räumen“ (BBR 2005: 203).

Daher muss jede Gemeinde individuell prüfen, welche Empfehlungen für sie Gültigkeit haben.

Für alle kleineren Gemeinden und insbesondere für die in engeren Stadt-Umland-Bereichen gilt die Empfehlung, die im Wegweiser aufgezeigten Entwicklungsprognosen und Handlungsempfehlungen für „ihr“ nächstes Zentrum mit zu berücksichtigen und mit diesem eine enge Zusammenarbeit zu suchen. Die Sicherung der Funktionsfähigkeit und des Infrastrukturangebotes der zentralen Orte wird für die kleineren Gemeinden unter dem Vorzeichen der demographischen Entwicklung und der damit verbundenen Ausdünnungstendenzen immer existenzieller. Sie verlangt von den Gemeinden vor allem eine intensive Kooperation.

Ländlicher Raum im Wandel

Kleinere Gemeinden im (peripheren) ländlichen Raum haben in der Regel schon viel Erfahrung mit der Ausdünnung ihres öffentlichen und privaten Dienstleistungsangebotes. Der Verlust von Einrichtungen wie Bank, Post, Arzt, Schule oder Einzelhandel ist hier kein neues Phänomen. Vielfältige Anpassungsstrategien wie der Ersatz landwirtschaftlicher Arbeitsplätze durch touristische Angebote, ländliche Dienstleistungszentren oder Telehäuser zur Konzentration von Mindestangeboten werden seit Jahrzehnten diskutiert und eingesetzt.

Der ländliche Raum hat zudem eine historische Erfahrung mit demographischen Veränderungsprozessen und Wanderungsbewegungen. „Landflucht“, die Abwanderung jüngerer Menschen in die wirtschaftlich attraktiveren Städte, begleitet die jüngere Siedlungsentwicklung. In den letzten Jahrzehnten wurden

Verluste dadurch ausgeglichen oder abgebremst, dass viele Familien aus unterschiedlichen Gründen (Wohnkosten, Ruhe, Freizeitqualität) ihren Wohnstandort auf dem Land suchten.

Im Prinzip war bislang das allgemeine wirtschaftliche und demographische Wachstum stark genug, um auch in den kleineren ländlichen Gemeinden genügend Substanz zu erhalten – und dafür genügend Finanzmittel bereitzustellen.

Hier entsteht durch den aktuellen demographischen Prozess, verbunden mit der öffentlichen Finanznot, ein Entwicklungsbruch, bei dem herkömmliche Reaktionsmuster und die Erwartung, dass für alle genügend vom gemeinsamen Kuchen bleibt, versagen müssen:

Die Schrumpfungs- und Alterungsprozesse des demographischen Wandels werden überwiegend ausschließen, dass Bevölkerungsverluste durch Zuwanderung in die kleinen Gemeinden im ländlichen Raum ausgeglichen werden. Die öffentliche Finanznot wird ausschließen, dass unausgelastete Infrastrukturen aufrechterhalten werden können.

Viele kleinere Gemeinden im peripheren ländlichen Raum werden deshalb – mit sehr unterschiedlicher Dynamik – damit konfrontiert werden, dass

- junge Menschen weiter und wieder zunehmend abwandern,
- ihre Bevölkerung schrumpft und überaltert sowie
- Auslastung und Erhalt der Infrastrukturangebote (noch) schwieriger werden.

„Die bisherigen Standards öffentlicher Daseinsvorsorge werden vor allem in dünn besiedelten ländlichen Regionen künftig nicht aufrecht zu erhalten sein. Deshalb ist eine Beschränkung öffentlicher Infrastrukturangebote auf unabdingbare Kernfunktionen angezeigt“ (BMVBW/BBR 2005: 22).

Dieses Szenario lässt sich nicht verhindern. Es gibt aber Möglichkeiten, seine Konsequenzen so zu gestalten, dass die Zukunftsfähigkeit der Gemeinden gesichert und teilweise sogar qualitativ gestärkt wird.

Das Ziel muss immer sein, die Kernfunktionen öffentlicher Daseinsvorsorge zu gewährleisten und die Auswirkungen quantitativer Einschränkungen durch besondere Qualitätsanstrengungen auszugleichen oder jedenfalls abzumildern.

Diese Aufgabe überfordert zunehmend die Leistungs- und Anpassungsfähigkeit kleinerer Gemeinden und macht Partnerschaften unverzichtbar.

Kooperation als wichtigste Stellschraube der Zukunftsgestaltung

Kooperation ist ein Grunderfordernis für alle Kommunen und insbesondere für die kleineren Gemeinden im ländlichen Raum. Der demographische Wandel und die damit verbundenen Risiken einer weiteren Infrastrukturausdünnung und verschärfter ruinöser Konkurrenzen verleiht diesem Erfordernis eine zusätzliche existenzielle Dimension. Einzelne ländliche Gemeinden können den Ausdünnungstrend weder bremsen noch die erforderlichen Anpassungsmaßnahmen treffen.

Es geht jetzt darum, Kooperationsstrukturen zu festigen oder neu zu etablieren, die sich auf Anpassungsstrategien zur Gestaltung des demographischen Wandels konzentrieren. Im ländlichen Raum ist dabei jeweils ein Zusammenwirken mehrerer benachbarter Gemeinden (und möglichst gemeinsam und abgestimmt mit dem Kreis und dem nächstgelegenen größeren regionalen Zentrum) sowie ein gemeinsames Vorgehen von Politik, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern notwendig.

Auch dafür gibt es viele Vorbilder, z. B. Teilraumgutachten und Raumordnerische Entwicklungskonzepte in Bayern, Ländliche Struktur- und Entwicklungskonzepte (LSE) in Schleswig-Holstein, das Programm „Regionen aktiv“ des Bundeslandwirtschaftsministeriums oder das LEADER+ Programm der EU. Bei all diesen Ansätzen versuchen Politik und Bürgerschaft, Konzepte zur Stärkung der Region zu entwickeln.

Allerdings entsprechen die inhaltliche Ausprägung und Zielsetzung dieser Kooperationsinitiativen und der ihnen zugrunde liegenden Programme allenfalls teilweise und eher zufällig den Anforderungen zur Gestaltung des demographischen Wandels. Vielmehr sind diese Konzepte überwiegend wachstumsorientiert oder auf die grundlegende ökonomische und ökologische Stärkung sowie auf wirtschaftsstrukturelle Anpassung ländlicher Räume ausgerichtet.

Gemeinden, die in vergleichbare Kooperationsstrukturen eingebunden sind oder waren, sollten deshalb gemeinsam mit ihren Partnern versuchen, diesen eine neue oder zusätzliche inhaltliche Ausrichtung einer gemeinsamen Entwicklung von Anpassungsstrategien an den demographischen Wandel zu geben. Gemeinden, die bislang über keine derartigen Netzwerke verfügen, ist dringend zu empfehlen, diese mit ihren Nachbarn aufzubauen.

Eine durchaus leistungsfähige Alternative zu solchen freiwilligen, bottom-up-Kooperationen ergibt sich, wenn Regionale Planungsverbände oder Kreise die Rolle des Spielmachers für die notwendigen Anpassungsprozesse übernehmen (können). Dann ist sorgfältig darauf zu achten, dass und ob es gelingt, nicht nur kreisspezifische, sondern explizit gemeindespezifische Interessen und Aufgaben zu behandeln und dafür ein abgestimmtes gemeinsames Vorgehen zu initiieren.

Interview mit dem Landrat des Kreises Dithmarschen, Dr. Jörn Klimant

Der Kreis Dithmarschen gehört nach den aktuellen Prognosen zu den in Schleswig-Holstein am stärksten von demographischen Veränderungen betroffenen Gebieten. Welche besonderen Anforderungen für die Gestaltung von Anpassungsstrategien resultieren hieraus für Ihren ländlich strukturierten Kreis?

Bei einem so bedeutsamen, übergeordneten Thema der Zukunftssicherung ist die übergeordnete kommunale Ebene, also der Kreis, in der Pflicht. Hierzu gibt es bei unseren kleinteiligen Strukturen in Dithmarschen keine Alternative: Die notwendigen Anpassungsstrategien müssen – natürlich mit breit angelegten Beteiligungsprozessen – auf Kreisebene entwickelt, initiiert und umgesetzt werden. Dazu brauchen wir strategische Partnerschaften zum Austausch von Know-how, für fundierte Prognosen und Instrumentenentwicklung. Ich freue mich deshalb besonders, dass uns die Bertelsmann Stiftung bei diesem Prozess als Modellregion unterstützt.

Wie schätzen Sie das Problembewusstsein der Kommunalpolitik und der Bürgerinnen und Bürger ein? Spüren Sie die Bereitschaft der Akteure, gemeinsam und kooperativ die notwendigen Anpassungsprozesse einzuleiten?

Es gibt ganz sicher ein starkes Problembewusstsein, allerdings meist auf sehr abstraktem Niveau. Es muss uns gelingen zu vermitteln, dass demographischer Wandel alle betrifft, und wir müssen die konkreten Handlungsansätze für die Kommunen und ihre Bürgerinnen und Bürger aufzeigen. Dies gilt für die Verbesserung von Betreuungsangeboten, Kindertagesstätten und Ganztagschulen ebenso wie für neue Wohnformen oder Pflegeangebote im ländlichen Raum. Dafür müssen wir die notwendigen Kommunikationsstrukturen schaffen, Mitwirkungsmöglichkeiten aufzeigen und Handlungsansätze unterstützen. Wir erleben in unserem gemeinsamen Projekt mit der Bertelsmann Stiftung, dass dieses Angebot bei den Kommunen, vielen Institutionen und dem Ehrenamt auf sehr gute Resonanz stößt und dankbar angenommen wird.

Sie haben persönlich immer wieder Anpassungs- und vor allem Kooperationsprozesse im Bildungsbereich exemplarisch betont. Worum geht es Ihnen dabei?

Bildung ist aus meiner Sicht eines der wichtigsten Potenziale für die Zukunftsgestaltung unseres Landes und des Standortes Dithmarschen. Wir wollen jede Anpassung als Chance nutzen, qualitative Verbesserungen und ein höheres Bildungsniveau zu erreichen, bei dem weniger junge Menschen als bisher durch die Maschen fallen. Das erfordert große Bereitschaft zu neuen, kooperativen Lösungen. Unsere Bildungsstrukturen müssen in zehn Jahren ganz anders beschaffen sein als heute. Dafür gilt es bereits jetzt ungenutzte Ressourcen zu erschließen, um die gesamtgesellschaftlichen Kosten auf verträglichem Niveau zu halten. Die Nutzung des Erfahrungswissens und des Engagements der älteren Generation kann hier z. B. helfen, neue Qualitäten aufzubauen und soziale Kompetenzen zu vermitteln.

Wie lautet Ihr wichtigster Appell an die Kommunalpolitik in kleineren Gemeinden?

Wir müssen endgültig weg vom Kirchturmdenken. Kooperation und die Bildung von Netzwerken sind notwendige und richtige Antworten auf die aktuellen Herausforderungen.

Die folgenden Empfehlungen orientieren sich an den Erfahrungen der oben genannten Vorbilder (vor allem Teilraumgutachten, LSE, LEADER+, Regionen aktiv). Danach können folgende Strukturelemente als bewährt gelten.

Räumlicher Zuschnitt

Kooperationsräume, die zwischen 15 000 (LSE) und bis zu 75 000 Einwohnern (LEADER+)¹ umfassen, haben sich bewährt. Es empfiehlt sich, dass ein zentraler Ort, zumindest ein Grundzentrum in die Kooperation eingebunden wird. Es ist hilfreich, wenn der Kreis aktiv mitwirkt (ohne dass der Kooperationsraum mit den Kreisgrenzen identisch sein muss).

Akteure

Es geht um interkommunale Kooperation, nicht um einen Agendaprozess. Die Kooperation muss also von der Kommunalpolitik vereinbart und maßgeblich von Politik und Verwaltung der Partnergemeinden getragen und gestaltet werden.

Dennoch empfiehlt es sich, von Anfang an auch private Akteure, Vertreter der lokalen Wirtschaft, des Bildungswesens, der Vereine und engagierte Bürgerinnen und Bürger an dem Arbeitsprozess zu beteiligen. Die Erfahrungen von LEADER+ zeigen, dass damit ein sehr großes zusätzliches Leistungspotenzial erschlossen werden kann. Letztlich bleibt die Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge aber bei der Politik, die auch die Kooperation bestimmen sollte.

Verfahrensregeln und Zuständigkeiten

Wichtig ist es, dass die Kooperation klare Spielregeln hat, die auch förmlich vereinbart werden. Unabdingbar sind dabei die Prinzipien der Freiwilligkeit und der Gleichberechtigung der Partner. Beschlüsse sollten zumindest in einer Startphase nach dem Konsensprinzip gefasst werden (später können auch qualifizierte Mehrheiten vereinbart werden) und müssen für alle Partner verbindlich sein.

Kontinuität der Kooperation

Eine Kooperation ist nur dann erfolgreich und lohnt den Aufwand, wenn sie auf Dauer angelegt ist. Es darf nicht nur darum gehen, gemeinsam „Ideen“ und ein Konzept zu verabreden, sondern dieses muss auch gemeinsam umgesetzt werden.

Fusionen dürfen kein Tabu sein

Für Kommunalpolitik, die im Interesse der Menschen und der kommenden Generationen handelt, dürfen Fusionen von Gemeinden kein Tabu sein.

¹ Bei der LEADER-Größenordnung sind in der Regel auch Städte mit über 5000 bis etwa 15 000 Einwohner beteiligt.

In einigen Bundesländern sind zahlreiche Gemeinden zu klein, um künftig eigenständig die angemessene Daseinsvorsorge für ihre Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Es geht hierbei nur am Rande um die Effizienz und die Kosten von Verwaltung. Dies kann durch Verwaltungskooperationen oder Ämter für mehrere Gemeinden geregelt werden. Entscheidend ist vielmehr, dass die kommunale Planungshoheit regionale Anpassungsstrategien, die Konzentration von Angeboten und die Entscheidung für die objektiv besten Standorte tendenziell mit individuellen Eigeninteressen konterkariert. Damit verkehrt sie ihre innerste Begründung, ihre Bürgerinnen und Bürger bestmöglich zu versorgen, ins Gegenteil. Ein Ausweg aus diesem Dilemma kann die (beschriebene) intensivierete Kooperation sein.

Kooperationen sind aber auch gerade dann sehr schwierig zum Erfolg zu führen, wenn nicht Wachstum, sondern Schrumpfung zu verteilen ist. Effiziente Anpassungsstrategien, eine ausgewogene Verteilung von Rückbau, Erhalt, Zubau und Konzentration sind in größeren kommunalpolitischen Einheiten deutlich leichter zu realisieren. Modellrechnungen und erste Beispiele zeigen, dass sich dadurch die Leistungen insgesamt im Interesse der Menschen deutlich kostengünstiger, qualitativ und bedarfsgerechter sichern lassen.

Gegen Fusionen wird häufig das Argument vorgebracht, die Menschen wollten diese nicht. Die Erfahrungen, etwa auf Fehmarn oder Usedom, belegen, dass Kommunalpolitiker sich hier auch irren können (oder wollen). Wenn die Bürgerinnen und Bürger gefragt und vorab über die Optionen und Folgen informiert werden, entscheiden sie sich durchaus für größere Einheiten, zumal sie ihr Leben längst Gemeindegrenzen überschreitend gestalten.

Auch ein Einbruch des bürgerschaftlichen Engagements ist nicht zwingend Konsequenz, denn dieses hängt letztlich vom sozialen Miteinander in den Dörfern und Gemeinden ab und nicht von administrativen Grenzen.

Dennoch: Die Wahl zwischen Kooperation und Fusion muss jede Gemeinde selbst treffen, und zwar aktiv. Sie darf nicht warten, bis die Zwänge so groß werden, dass übergeordnete Ebenen die Entscheidung treffen müssen.

In der Mecklenburgischen Seenplatte wurden erste Schritte in diese Richtung vollzogen.

Interview mit Christoph Kaufmann, Regionaler Planungsverband Mecklenburgische Seenplatte

Die Mecklenburgische Seenplatte gehört zu den ländlichen Regionen, in denen die Auswirkungen des demographischen Wandels bereits voll spürbar sind. Welche Bereiche bereiten vor allem den kleineren Gemeinden die größten Sorgen?

Der gesamte Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge, der sozialen und technischen Infrastruktur, steht auf dem Prüfstand. Sorgen bereiten uns insbesondere das Bildungswesen, die Tragfähigkeit von Einzelhandelseinrichtungen, die ambulante medizinische Versorgung und partiell auch die Erhaltung des Abwassersystems und einzelner Gemeindestraßen. Bereits seit vielen Jahren müssen wir uns darauf einstellen, verstärkt durch die Finanznot, eine wünschenswerte Mindestausstattung mit Infrastruktur in unseren Gemeinden nicht mehr gewährleisten zu können. Deshalb rückt die Frage des Mobilitätsangebotes in das Zentrum unserer Bemühungen. Wir müssen das Angebot für derzeit 198 Gemeinden in 20 Zentralen Orten konzentrieren und dafür die Erreichbarkeit sichern.

Ihr Regionaler Planungsverband umfasst drei Landkreise und das Oberzentrum Neubrandenburg. Lassen sich auf dieser Ebene die notwendigen Anpassungsprozesse bis zur Gemeindeebene gestalten oder benötigen Sie zusätzliche Kooperationsstrukturen auf gemeindlicher Ebene?

Wir haben in den vergangenen Jahren bereits die kooperativen Strukturen deutlich verbessert. Durch freiwillige Fusionen wurde die Zahl der Gemeinden von 249 auf 198 zurückgeführt, die über 30 Amts- und amtsfreie Verwaltungen verfügen. Zusätzlich haben wir mehrere informelle Kooperationsbereiche vor allem zur touristischen Entwicklung initiiert. Im Zusammenspiel mit den Landkreisen und dem regionalen Planungsverband ergibt dies eine durchaus belastbare Kommunikationsstruktur.

Können Sie uns konkrete Beispiele für erfolgreiche Kooperationsansätze nennen?

Einen richtungweisenden Ansatz haben wir beispielsweise im Bereich der medizinischen Versorgung in der Region Mecklenburgische Seenplatte erreicht. Durch die Alterung nicht nur unserer Bevölkerung, sondern auch unserer Ärzte steigt einerseits die Nachfrage nach medizinischen Leistungen, andererseits können immer mehr Praxen im ländlichen Raum nicht wiederbesetzt werden. Wir haben ein Leitbild entwickelt, das im Falle der Aufgabe von Arztpraxen an den Zentralen Orten der Region die Einrichtung so genannter „Gesundheitshäuser“ für die ambulante medizinische Versorgung des jeweiligen Nahbereiches vorschlägt. Dieses Leitbild wurde auch von Vertretern der Kassenärztlichen Vereinigung und auf dem Hausärzte-Kongress M-V als richtungweisend begrüßt.

Wir sind auch stolz auf die Gründung einer „Regionalen Berufsschule“ in Form eines Zweckverbandes. Über eine Schule mit mehreren Beschulungsstandorten soll trotz stark rückläufiger Nachfrage ein breites, leistungsfähiges Berufsschulangebot in der Region sichergestellt werden.

Wie lautet Ihr wichtigster Appell an die Kommunalpolitik in kleineren Gemeinden?

Es muss allen Verantwortlichen klar werden, dass eine angemessene Daseinsvorsorge nur übergemeindlich gewährleistet werden kann. Deshalb kann ich nur immer wieder eine Stärkung der Kooperation und auch weitere Fusionen kleinerer Gemeinden empfehlen.

Handlungsfelder und Strategieansätze

Interview mit Paul Locherer, Bürgermeister der Gemeinde Amtzell

Im Wissenspool „Demographie konkret“ ist Amtzell als einzige kleinere Gemeinde vertreten. Wieso ist Ihnen als Bürgermeister einer wachsenden Gemeinde (rund 3500 Einwohner) dieses Thema so wichtig?

Amtzell hat bereits vor 16 Jahren erkannt, dass die Gemeinde ohne familienfreundliche Strukturen zu den Verlierern im ländlichen Raum gehören wird. Unsere Situation war gekennzeichnet durch gravierende Arbeitsplatzverluste vor allem in der Landwirtschaft, Bevölkerungsstagnation und die Gefährdung unseres Schulstandortes. Mit vereinten Kräften haben wir uns darauf konzentriert, unsere weichen – sozialen und kulturellen – Standortfaktoren zu stärken. Dabei stand der Aufbau familienbegleitender Strukturen im Mittelpunkt: Mittagstische an Schulen, flexible Kita-Angebote, verlässliche Ganztagschule. Und wir waren erfolgreich: Auf unserem Gewerbegebiet, das wir in interkommunaler Kooperation entwickelt haben, sind neue Arbeitsplätze entstanden, wir haben einen natürlichen Geburtenüberschuss und ein gelebtes Netzwerk

Jung – Alt.

Wo liegt das Geheimnis Ihres Erfolges?

Wir haben unsere Gemeinde gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt. Es ist uns wichtig, eine Wohlfühlatmosphäre und ein Wir-Gefühl zu schaffen. Bürgerschaftliches Engagement wird in Amtzell ganz groß geschrieben. 1999 ist der Arbeitskreis „Dorfgemeinschaft“ als generationenübergreifende Plattform geschaffen worden. Über dieses „Netzwerk der Generationen“ ist es gelungen, die örtlichen Vereine, Organisationen und Initiativen zusammenzubringen. Heute gehören Projekte wie die Wohnanlage „Jung und Alt“, Partnerschaften „Kindergartengruppe Senioren“ oder „Wir helfen – Jugendengagement für Senioren“ ebenso zu unserem Alltag wie die laufende Qualifizierung ehrenamtlich Engagierter. Aktuell sind wir dabei, ein Gedächtniszentrum für Demenzkranke zu realisieren.

Wie wichtig ist für den Dialog der Generationen die Rolle eines Spiel-machers?

Es ist schon hilfreich, wenn sich der Bürgermeister den Hut aufsetzt und sich gestaltend und moderierend des Prozesses annimmt. Die heute geschaffenen Strukturen, die unsere Gemeinde als Lebensraum erlebbar machen, könnten wie uns ohne bürgerliches Engagement gar nicht leisten. Es ist uns gelungen, im Zusammenspiel von Verwaltung, Politik und Ehrenamt belastbare Strukturen aufzubauen, die sich auch für eine Krisenintervention (z. B. aktuelle Drogenprobleme) eignen.

Wie lautet Ihr wichtigster Appell an die Kommunalpolitik in kleineren Gemeinden?

Kommunalpolitische Kompetenz darf nicht am Hoch- oder Tiefbau gemessen werden, sondern daran, ob es gelungen ist, soziale Strukturen und Lebensqualität zu schaffen.

Handlungsfeld Identität und bürgerschaftliches Engagement

Die erfolgreiche und zukunftsorientierte Gestaltung des demographischen Wandels wird den Gemeinden nur im Zusammenspiel mit ihren Bürgern und Akteuren vor Ort gelingen. Angesichts der begrenzten Ressourcen in den kommunalen Haushalten liegt eine große Option für die zukunftsfähige Gestaltung kommunaler Aufgaben darin, dass sich Bürger in diesem Bereich ehrenamtlich engagieren. Gerade im ländlichen Raum eröffnet dies die Chance, kleinteilige bedarfsgerechte Dienstleistungsangebote zu etablieren. Das Spektrum der Möglichkeiten ist groß und reicht von Kinderbetreuungsangeboten, Jugend- und Vereinsarbeit über organisierte Nachbarschaftshilfe, Bürgerbus bis hin zur Einbindung von Erfahrungswissen.

Handlungsfeld Kinder- und Familienfreundlichkeit

Junge Familien werden im Zuge des demographischen Wandels künftig mehr umworben werden als Unternehmen. Kinder- und Familienfreundlichkeit wird damit zu einem der zentralen Standortfaktoren – auch für die kleineren Gemeinden im ländlichen Raum. Die Handlungsmöglichkeiten sind im „Wegweiser Kommune“² aufgezeigt und müssen an die spezifischen Bedarfe von Gemeinde und Region angepasst werden.

Zukunft für Ältere auf dem Land

In vielen Gemeinden im ländlichen Raum schreitet die Überalterung in großen Schritten voran. Die Zunahme an älteren Menschen darf dabei nicht vorrangig als Belastung wahrgenommen werden, sondern muss vor allem als Chance für die Zukunftsgestaltung der Gemeinden gesehen werden. Deshalb ist es auch in den ländlichen Gemeinden wichtig, eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik umzusetzen.

Handlungsfeld Siedlungsentwicklung und Infrastrukturanpassung

Siedlungsentwicklung ist die alles verklammernde Stellschraube einer zukunftsfähigen Entwicklung. Spätestens unter den Rahmenbedingungen der demographischen Entwicklung hat die Erwartung, dass Flächenwachstum auch Wohlstandswachstum bedeutet, ihre Berechtigung verloren. Bei einer abnehmenden oder auch nur stagnierenden (und alternden) Bevölkerung sind neue Infrastrukturen nur noch in seltenen Fällen tilgbar.

Der Wettbewerb gerade auch der kleinen ländlichen Gemeinden, mit günstigen Grundstücken junge Familien oder Gewerbetriebe anlocken zu wollen, muss der Vergangenheit angehören. Notwendig ist ein Paradigmenwechsel von einer wachstumsorientierten Planung hin zu einer bestandserhaltenden oder gar auf Rückbau und Zentralisierung ausgerichteten Planung.

² Wegweiser Kommune, URL: www.wegweiser-kommune.de

Die Gemeinden sind aufgefordert, zunächst ihre Innenentwicklungspotenziale zu nutzen und sich der Aufgabe zu stellen, dass Siedlungsentwicklung und die qualitätvolle Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge letztlich nur im regionalen Kontext erfolgreich gesteuert werden kann.

Ausblick

Auch die kleineren Gemeinden im ländlichen Raum müssen sich zeitnah und vorausschauend auf die anstehenden Veränderungen einstellen. Dies erfordert gerade im überschaubaren gemeindlichen Umfeld von der Kommunalpolitik Mut und Weitblick, denn Lösungsansätze liegen zumeist nicht in – öffentlichkeitswirksamen – Einzelmaßnahmen oder kurzfristig zu realisierenden Vorhaben. Gefordert sind langfristig angelegte strategische Konzepte, um die begrenzten Ressourcen gezielt und effizient einsetzen zu können. Es wird empfohlen, mit einer transparenten Bestandsaufnahme als Grundlage für eine klare Prioritätensetzung die Gestaltung des demographischen Wandels einzuleiten.

Literatur

BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung: *Raumordnungsbericht 2005*. Bonn 2005.

BMVBW/BBR – Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen / Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung: *Öffentliche Daseinsvorsorge und demographischer Wandel*. Berlin und Bonn 2005.